

The background of the poster features a photograph of the Cologne Cathedral (Kölner Dom) under a blue sky with scattered white clouds. A diagonal banner with a red-to-yellow gradient cuts across the upper portion of the image. In the bottom right corner, the AfD logo is displayed, consisting of the letters 'AfD' in white and 'Köln' in white below it, with a red curved arrow pointing upwards and to the right.

Kommunalwahlprogramm 2025 der AfD Köln

**Für unsere Heimat.
Für Köln.**

AfD
Köln

Präambel

In ernster Sorge vor politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Deutschland hat sich 2013 die Partei Alternative für Deutschland gegründet. Die europäische Schulden- und Währungskrise, die ungesteuerte Migration und der an vielen weiteren Stellen erfolgte Bruch von Recht und Gesetz hat viele Menschen davon überzeugt, dass die etablierten Parteien zu einer transparenten, bürgernahen und rechtsstaatlichen Politik zunehmend nicht imstande oder willens sind. In den letzten Jahren hat sich die Situation weiter verschärft durch verfehlte Corona-Politik, selbstverschuldete Energiekrise, Inflationsschub, Ukrainekrieg und weiterhin ungebremsste und illegale Einwanderung in unsere Sozialsysteme. Alle Politik beginnt mit der nüchternen Bestandsaufnahme dessen, was ist. Die etablierten Parteien verweigern sich immer mehr, grundlegende Fakten, Zusammenhänge und Fehlentwicklungen in unserem Land zur Kenntnis zu nehmen. Daher empfinden die Bürger in vielen Kommunen die vorherrschende Politik zunehmend als verfehlt. Dies gilt in besonderem Maße für Köln und betrifft wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftspolitische Fragen. Der AfD Köln geht es darum, dem entgegenzutreten und den Menschen in Köln, die sich durch die gegenwärtige Politik nicht vertreten fühlen, eine Stimme zu geben.

Fehleinschätzungen, Missgriffe und Irrtümer in gesellschaftspolitischer, städtebaulicher und finanzieller Hinsicht hat es in unserer Heimatstadt genug gegeben. Als junge und rasch wachsende Partei, die sich aus der breiten Mittelschicht speist, streben wir Alternativen zu einer angeblich alternativlosen Politik an.

Köln hat sich in den letzten Jahren immer schlechter entwickelt. Es verwahrlost und verdreckt. Das wollen wir nicht länger hinnehmen.



Inhalt

1. Wirtschaft und Finanzen.....	04
2. Kunst und Kultur	10
3. Soziales, Schule und Familie	14
4. Recht und Sicherheit.....	19
5. Bau, Wohnen und Verkehr	25
6. Gesundheit, Sport und Ehrenamt	30

1. Wirtschaft und Finanzen



1.1 Wir fordern einen grundlegenden Perspektivwechsel, hin zu einer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik

Begründung

Die ständig steigende Verschuldung der öffentlichen Hand auf allen Ebenen bürdet uns allen, besonders aber den kommenden Generationen, unverantwortlich hohe Lasten auf. Die unsolide Finanzpolitik der Stadt Köln ist hierfür ein Paradebeispiel. Seit Jahren lebt unsere Stadt über ihre Verhältnisse. Ständig liegen die Ausgaben über den Einnahmen. Der Ergebnisplan für die Jahre 2023/24 sah einen weiteren Eigenkapitalverzehr der Stadt in Höhe von insgesamt rund 450 Mio. € vor. Dies wohlgemerkt zu Zeiten, in denen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen nach wie vor günstig waren. Im Jahr 2025 wird das Eigenkapital der Stadt Köln die Schwelle von 5 Mrd. Euro deutlich unterschreiten, bis 2027 werden die Schulden von gegenwärtig rund 6 Mrd. € auf deutlich über 7 Mrd. € steigen. Die Anzahl der städtischen Beschäftigten hat sich seit 2010 auf heute 22.000 Menschen fast verdoppelt. Kaum ein öffentliches Projekt kommt mit den budgetierten Kosten aus. Preissteigerungen um über 50 % werden als normal hingenommen. Straßen und Schulen werden vernachlässigt. An Sicherheit und Sauberkeit wird gespart. Diese Politik ist unsozial!

Maßnahmen

- Einführung einer systematischen Aufgaben- und Ausgabenkritik für alle Positionen des Haushalts.
- Einführung einer Selbstverpflichtung zur sparsamen Haushaltsführung für alle Dezernate der Stadtverwaltung.
- Offenlegung aller Planungsannahmen der Stadtkämmerei.

- Prüfung der Schatten- und Nebenhaushalte der Stadt Köln.
- Kritische Überprüfung von allen freiwilligen Leistungen sowie Großprojekten wie Rathausvorplatzbebauung, Opernsanierung, Erweiterung Hohenzollernbrücke etc.
- Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit z. B. in der Personalverwaltung, der Beschaffung, bei den städtischen Bühnen.
- Wiederbesetzungssperre bei freierwerdenden Stellen in der Stadtverwaltung und Angebot an Beschäftigte, eine Prämie von bis zu 30 % des Gehalts der zu ersetzenden Stelle zu erhalten, wenn sie die Aufgaben der ausgeschiedenen Kollegen zu 100 % übernehmen.
- Abschaffung aller freiwilligen Vollzeit-Beauftragtenpositionen bei der Stadt Köln. Professionelles Projektcontrolling für die Gebäudewirtschaft und Investitionen. Konsequente Berücksichtigung von Sparvorschlägen des Rechnungsprüfungsamtes.

1.2 Wir wollen Bürger und Gewerbetreibende nicht durch ständig erhöhte Steuern und Abgaben überfordern

Begründung

Kommunale Steuern, Gebühren, Abgaben und Beiträge sind an der oberen Grenze der Belastbarkeit für Bürger und Betriebe. Dennoch steigen die städtischen Schulden. Die städtischen Steuern und Abgaben zählen zu den höchsten im Lande und kennen nur eine Richtung: nach oben. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer beträgt rekordverdächtige 475 % und 515 % für die Grundsteuer B.

Maßnahmen

- Keine Anhebung von Gewerbesteuer und Grundsteuer B.
- Die Grundsteuer gehört durch Land und Bund abgeschafft und durch einen kommunalen Hebesatz bei der Einkommens- und Körperschaftssteuer ersetzt. Die reformierte Grundsteuer muss in Köln mindestens aufkommensneutral erhoben werden.
- Generelles Überprüfen des Leistungsangebots der Stadt und der Kostenlast für die Bürger.

1.3 Wir wollen langfristig ein schuldenfreies Köln

Begründung

Die Verschuldung unserer Stadt mit rund € 6 Mrd. wächst beständig an und wird sich bis 2029 verdoppeln. Dies schränkt unsere Handlungsfreiheit immer weiter ein und belastet die künftigen Generationen in unverantwortlicher Weise. Gleichzeitig verfügt die Stadt über einen großen Bestand an Eigentum und Beteiligungen. Für eine Daseinsvorsorge mit Augenmaß sind einige Beteiligungen jedoch entbehrlich oder sollten in Partnerschaft mit privaten Anteilseignern betrieben werden, die das erforderliche Wissen und Branchen-Know-how zur wirtschaftlichen Führung der Organisationen mitbringen. Zudem werden Führungspositionen in kommunalen Unternehmen nicht immer nach der fachlichen Qualifikation, sondern häufig nach Parteibuch oder Quote vergeben.

Maßnahmen

- Erarbeitung und Umsetzung eines „Plans 2030“ zur Rückführung der Schulden der Stadt Köln.
- Maßvoller Verkauf von städtischem Eigentum.
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts.
- Verkleinerung der politischen Gremien und der Verwaltung (7 statt 9 Dezernate) sowie Besetzen von Führungspositionen in städtischen Beteiligungen ausschließlich nach fachlicher Qualifikation („Fachleute statt Quote“).
- Verbesserte Gewinnabführung und Controlling städtischer Beteiligungen.

1.4 Wir fordern eine bessere Berücksichtigung der Belange der Kölner Wirtschaft im Handeln von Rat und Verwaltung

Begründung

Handel, Handwerk und Wirtschaft in Köln sind wesentliche Grundlagen unseres Wohlstandes. Sie schaffen Arbeitsplätze und zahlen einen bedeutenden Anteil der Steuern. Kleine und mittelständische Unternehmen haben weder Zeit noch Geld, sich mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu wenden. Daher finden sich ihre Forderungen und Wünsche oft nicht in der politischen Diskussion.

Maßnahmen

- Schnelle und qualifizierte Reaktion auf Beschwerden von Unternehmen.
- Rücksicht auf die Belange bestehender Gewerbe- und Industriebetriebe.
- Neue Gewerbe- und Industrieflächen im Stadtgebiet ausweisen. Erhalt des Großmarkts.

1.5 Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Ein gutes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren.

1.6 Verantwortungsvolle Kommunalwirtschaft und fairer Wettbewerb

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen.

Die öffentliche Vorsorge wie die Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch die Kommune sichergestellt, aber nicht zwingend ausschließlich von ihr selbst erbracht werden.

1.7 Den Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern

Ein attraktives Tourismusangebot ist für unsere Stadt und Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu gehören u. a. ein gut ausgebauter ÖPNV. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden; die sogenannte Bettensteuer lehnt die AfD ab.

Die Domumgebung ist extrem unattraktiv. Nach dem Scheitern der „Historischen Mitte“ müssen mit allen Beteiligten schnelle und praktikable Lösungen gefunden werden.



2. Kunst und Kultur

2.1 Wir fordern mehr Bürgerbeteiligung und Kostenkontrolle bei kulturellen Großprojekten

Begründung

Kultur ist in vielerlei Hinsicht bereichernd und ein positiver Standort- bzw. Wettbewerbsfaktor für unsere Stadt. Die desolate Haushaltssituation unserer Stadt zwingt jedoch zur Konsolidierung, leider auch im Kulturbereich. Das soll möglichst nicht zu Lasten der Qualität geschehen. Neubaumaßnahmen und Großprojekte, deren städtische Finanzierung noch viele Jahre den Kölner Haushalt belasten werden, sollen nur nach ausreichender Bürgerbe-

teiligung und aufgrund eines erklärten Bürgerwillens umgesetzt werden.

Maßnahmen

- Bürgerbeteiligung bei kulturellen Großprojekten/Festlegung einer Wertschwelle für die Beteiligung der Bürger (generationsübergreifende Belastungen).
- Bürgerliche Ideen für Projekte nach Möglichkeit einbeziehen.
- Ernsthafte und ergebnisoffene Prüfung einer Fusion der beiden Opernhäuser von Köln und Bonn (bei den Sparkassen von Köln und Bonn ist dies bereits geübte Praxis).
- Städtische Ausschreibungen für ein neues Kölner Marketingkonzept.

2.2 Stiftungen und Ehrenamt stärker fördern

Begründung

In Zeiten leerer Kassen sind ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement und Mäzenatentum unverzichtbar.

Maßnahmen

- Förderung des Stiftungsgedankens (der Umgang mit großen Mäzenen und Förderern des Kölner Kunst- und Kulturbetriebs war in der Vergangenheit vielfach unprofessionell und von peinlichem Desinteresse geprägt).
- Stärkung des Ehrenamts sowie des bürgerschaftlichen Engagements durch Schaffung stärkerer Anreize wie kostenlosen

ÖPNV, Dankesfeiern und Auszeichnungen von Bürgern, Bürgervereinen und Initiativen (Demotrieklausel ist konsequent anzuwenden).

2.3 Köln muss sich als lebens- und liebenswerte Kultur- und Medienstadt behaupten

Begründung

Kultur muss für die Bürger erlebbar bleiben. Der Kölner Karneval, die Lit. Cologne, das Film Festival Cologne etc. sind für Köln identitätsstiftende Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung. Sie bereichern unsere Stadt, auch finanziell. Neben der klassischen Hochkultur sollte das wirtschaftliche Überleben der freien Theater- und Kleinkunstszene gesichert werden. Daneben leisten auch Stadtteil- und Veedelsfeste einen wichtigen Beitrag zur Kultur. Die Kölner Brauhaus und Kneipenkultur sorgt für den Erhalt der kölschen Mundart. Brauchtum und Traditionspflege ist Teil unserer Kölner Kultur. Bei Gedenkveranstaltungen soll angemessen erinnert und nicht belehrt werden. Wir wünschen uns eine Erinnerungskultur, die historisch einseitige oder falsche Behauptungen unterlässt. Zu unserem kulturellen Erbe gehört auch, dass man sich mit Personen der Zeitgeschichte und historischen Denkmälern vergangener Epochen auseinandersetzt. Wir lehnen eine pauschale Cancel-Culture für Straßennamen ab.

Maßnahmen

- Weniger bürokratische Hürden für die freie Kunst- und Theaterszene und angeschlossene Gastronomiebetriebe.
- Köln braucht kein zweites subventioniertes Filmfestival. Stattdessen muss Kölns größtes Filmfestival, das Film Festival Cologne, gestärkt werden. Die Verwaltung hat die Verwendung

der Gendersprache zu beenden. Mitarbeiter, die sich gegen die Verwendung dieser Sprache gewehrt und Nachteile erlitten haben, sind vollumfänglich zu rehabilitieren.

- Die Bürgerhäuser sollten nicht länger durch den Steuerzahler finanziert werden.
- Kirchliche Festtage wie Fronleichnam und die Mülheimer Gottestracht müssen erhalten bleiben.
- Keine Umbenennung von gewachsenen, kulturellen Feiertagen und Festen (z. B. St. Martin) sowie von Straßen und Plätzen.
- Forderungen nach einer Abschaffung oder Verlagerung von historischen Denkmälern umstrittener oder vermeintlich unwichtiger Persönlichkeiten sind zu hinterfragen und öffentlich zu diskutieren.
- Keine Bevormundung durch scheinbar unabhängige Gutachter im Auftrag der Stadt, die letztlich entscheiden, was kulturell und künstlerisch wertvoll und somit erhaltungswürdig ist und was nicht.

3. Soziales, Schule und Familie



3.1 Unterstützung kommunaler Vereinsarbeit

Begründung

Schulsporteinrichtungen werden aus Kostengründen immer häufiger geschlossen, so dass sie Sport und sonstigen Vereinen nicht mehr zur Verfügung stehen. Solche Angebote sind jedoch als Teil einer sinnvollen Freizeitgestaltung und als Daseinsvorsorge unverzichtbar. Sie lassen bürgerschaftliches Engagement zu und fördern Bildung und Gesundheit.

Maßnahmen

- Erhaltung bzw. Förderung der Zusammenarbeit von Sport- und sonstigen Vereinen.

- Förderung ehrenamtlichen Engagements, zum Beispiel durch Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen oder kostenloser Nutzung des ÖPNV.

3.2 Wir fordern einen offenen Umgang mit Kosten und Möglichkeiten der Flüchtlingsversorgung

Begründung

Die AfD bekennt sich zu humanitärer Hilfe und einer zeitlich begrenzten Aufnahme von echten Flüchtlingen. Die Städte und Gemeinden sind mit der Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung jedoch schon seit Jahren heillos überfordert.

Maßnahmen

- Die Toleranz Kölns bei der Aufnahme von Notleidenden darf nicht länger missbraucht werden. Bei der Aufklärung des Asylmissbrauchs und der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen haben daher auch insbesondere städtische Einrichtungen aktiv mitzuwirken und zu einer reibungslosen Abschiebung beizutragen. Die AfD Köln setzt sich für eine gelebte Rückführungskultur ein.

3.3 Der Zustand und die Qualität unserer Schulen muss sofort verbessert und auf den neuesten Stand gebracht werden

Begründung

Die Kölner Schulen befinden sich teils in einem miserablen Zustand. Die Bausubstanz erfordert weitgehende Renovierungen, die Kapazitäten sind unzureichend und Technik sowie Lehrmaterial sind veraltet oder mangelhaft. Für die Ausbildung unserer Kinder müssen massive Investitionen getätigt werden, damit diese auf

einem zeitgemäßen Stand und in einer guten Atmosphäre erfolgen kann.

Maßnahmen

- Ein groß aufgestelltes und finanzstarkes Investitionsprogramm mit klarer Prioritätensetzung für die Kölner Schulen und Ausbildungseinrichtungen muss geschaffen werden. Die bauliche Substanz muss wiederhergestellt, die Einrichtungen modernisiert und Grundlagen für eine digitale Infrastruktur bereitgestellt werden.
- Hierbei muss der Dringlichkeit in Köln, neue Schulplätze schnell zu schaffen, Rechnung getragen werden und nicht unbedingt ökologische Bauweise mit bürokratischen Hürden vorangestellt werden.
- Digitale Medien sind wichtige Instrumente für die Durchführung des Unterrichts. Dafür muss es an jeder Schule in Köln möglichst eine Breitband-Internetanbindung geben. Auch müssen die nötigen Gerätschaften und Lehrmaterialien bereitgestellt werden, damit nicht nur hochwertiger Informatikunterricht gewährleistet wird, sondern auch die restlichen Bereiche der Ausbildung neuartige Lehrmethoden nutzen können: Ausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer in allen Klassen sowie personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege durch den Schulträger.

3.4 Die Schulen an die Herausforderungen unserer Zeit anpassen

Begründung

Unser Schulsystem steht vor einer Vielzahl von Herausforderun-

gen. So muss eine ordentliche Beschulung von Flüchtlings- und Migrantenkindern gewährleistet, Problemen mit Gewalt, Kriminalität und Disziplinlosigkeit begegnet und die bestmögliche Förderung von Schülern mit speziellen Bedürfnissen erreicht werden.

Maßnahmen

- Hochwertiger Regelunterricht kann nur stattfinden, wenn alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind.
- Ein ausreichendes Kontingent an speziellen Förderklassen muss zur Verfügung stehen, um das Bildungs- und Sprachniveau von Flüchtlings- und Migrantenkindern schnellstmöglich auf den Stand ihrer Altersgenossen zu heben. Ebenso sind an ausgewählten Grundschulen Vorschulklassen einzurichten, in denen Kinder, welchen Sprach- und Grundfertigkeiten fehlen, auf den Unterricht in der ersten Klasse vorbereitet werden.
- Gewalt und Kriminalität an Schulen muss früh begegnet werden. Hierzu sind ein gut ausgebautes System der Schulsozialarbeit, funktionierende Integrationsmaßnahmen sowie konsequente Disziplinarmaßnahmen nötig. Negativen Entwicklungen darf kein freier Lauf gelassen werden. Cannabis muss in der Schule verboten sein. Bei anhaltenden Drogen- und Gewaltdelikten sollten auch technische Überwachungssysteme eingerichtet werden können.
- Inklusion darf nie ein ideologischer Selbstzweck werden. Es muss stets das Wohl des Schülers und die bestmögliche Ausbildung im Mittelpunkt stehen. So setzen wir uns für den Beibehalt des hervorragenden deutschen Förderschulsystems ein und sehen rationale Inklusion als dessen Ergänzung.

- Schwimmunterricht für alle Schüler muss gewährleistet werden. Hierzu muss die Stadt die nötige Infrastruktur bereitstellen, Lehrpersonal muss ausreichend vorhanden sein und Ausnahmen aufgrund von religiösen oder kulturellen Vorbehalten dürfen nicht akzeptiert werden.

3.5 Einrichtung eines Familienausschusses

Wir setzen uns dafür ein, dass ein Familienausschuss oder ein Amt für Familienpolitik gebildet wird. Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial-, Jugend-, Wohnungs-, Bau-, Kultur- und Schulamt etc.) eingebunden und werden damit häufig von den jeweiligen Ressortinteressen überlagert. Um die kommunale Familienpolitik aufzuwerten, fordert die AfD die Einrichtung eines Familienausschusses.



4. Recht und Sicherheit

4.1 Wir fordern, die Polizeiarbeit ohne ideologische Behinderungen zu unterstützen

Begründung

Die kommunale Sicherheitspolitik muss darauf ausgerichtet sein, allen Bürgern jederzeit die ungefährdete Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Kernstück sind dabei die Präsenz der Polizei und entsprechende Ermittlungsmöglichkeiten, etwa durch eine gezielte Videoüberwachung. Hierbei ist das Gleichgewicht zwischen Sicherheit, Prävention und Strafverfolgung einerseits sowie den bürgerlichen Freiheitsrechten andererseits zu halten.

Maßnahmen

- Prävention verbessern durch eine gezielte Videoüberwachung im öffentlichen Raum.
- Abstimmung zwischen Ordnungsamt, weiteren Behörden und Polizei verbessern. Einsatz von bürgernahen Polizisten („Veedelsbeamter“).
- Herkunft der Täter ohne ideologische Scheuklappen benennen.
- Konsequente Strafverfolgung durch genügend Personal, schnelle Verfahren und eine umfangreiche Einsatzstrategie ermöglichen.
- Die Stadt muss den Ordnungshütern den Rücken stärken. Moderne und auf den Einsatz angepasste Ausrüstung muss zur Verfügung stehen und Angriffe auf Beamte und Mitarbeiter konsequent verfolgt werden.

- Die Politik und Stadtspitze müssen stets hinter den Frauen und Männern von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Ordnungsamt stehen.

4.2 Wir wollen eine Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit, vor allem in der Innenstadt

Begründung

Neben der sichtbaren Präsenz der Ordnungskräfte ist eine saubere Stadt für das Sicherheitsgefühl der Bürger von maßgebender Bedeutung. Gepflegte Veedel tragen hierzu bei.

Maßnahmen

- Die Innenstadt muss aufgeräumt werden. Sie ist die Visitenkarte von Köln.
- Ausländische Obdachlose und Bettlergruppen sind konsequent in ihr Heimatland zurückzuführen.
- Erhöhter Einsatz der AWB, etwa in öffentlichen Parkanlagen; Vorgehen gegen Graffiti. Aktionen zur Sauberkeit im öffentlichen Raum.
- Drastische Bußgelder für Müllsünder, Sprayer und Wildpinkler.
- Absprache mit der Deutschen Bahn, der KVB bzw. weiteren zuständigen Stellen zur Sauberkeit im Umfeld von Gleisanlagen, Bahnhöfen usw. Einsatz von Schaffnern und „Schwarzen Sheriffs“ in ausgewählten Linien der KVB.
- Schwerpunkte von Polizei und Stadtreinigung an den Ringen, in der Altstadt, rund um den Dom und an weiteren Brennpunkten.

- Vorgehen gegen Personen, die durch aggressives Betteln, exzessiven Alkohol- und Drogenkonsum ihre Mitmenschen belästigen (Einführung des Darmstädter Modells).
- Gezielter Einsatz gegen Trickdiebe und Wohnungseinbrecher.
- Einschreiten gegen wildes Zelten in der Stadt, in Parkanlagen und am Rheinufer.
- Keine Favelas in Köln! Schluss mit den Bauwagen-Ansiedlungen.
- Keine Behandlung für Drogensüchtige in der Innenstadt. Die Behandlung muss auf dem Stadtgebiet an Orten ohne Wohnbevölkerung erfolgen.
- Keine Obdachlosenunterbringung in der Innenstadt.

4.3 Wir fordern Mut zur Wahrheit auch im Umgang mit den negativen Begleiterscheinungen der Zuwanderung.

Begründung

Unsere Stadt darf nicht die Leidtragende für Fehlentscheidungen aus Brüssel und Berlin sein. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Armutsmigranten aus Südosteuropa, die sehr häufig nicht willens oder in der Lage sind, sich unserem Sozialverhalten anzupassen. Hierüber muss offen gesprochen werden. Wir betrachten Integration, ob vorübergehend oder dauerhaft, in erster Linie als Bringeschuld der Zuwanderer.

Die Familie ist Hüter der sozialen Geborgenheit, sie bewahrt und überliefert unsere Werte und gesellschaftlichen Normen. Werden unsere gesellschaftlichen Normen in radikaler Weise im Familien-

verbund gebrochen, wie es beispielsweise bei der Unterdrückung muslimischer Frauen vielfach auch in Köln geschieht, dürfen unsere Stadt und unsere städtischen Behörden dabei nicht tatenlos zusehen, sondern es muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass ein solches Verhalten nicht geduldet wird.

Dies gilt auch für die Entstehung von Normvorstellungen gegenüber anderen Ethnien, Religionen und sexuellen Neigungen. Als Beispiel sei hier die zunehmende Gewalttätigkeit gegen Homosexuelle genannt. In diesem Zusammenhang ist aber auch der Hass gegen Mitbürger mit Migrationshintergrund zu nennen, die sich offen gegen eine zunehmende Intoleranz und Rückschrittlichkeit aussprechen. Antisemitismus – egal von welcher Seite – darf in Köln keinen Platz haben.

Maßnahmen

- Keine Unterstützung von tendenziösen „Kultureinrichtungen“ und Fördervereinen, die zu Parallel- und Gegengesellschaften führen. Wir lehnen den Einfluss fremder Staaten in Köln ab, z. B. der türkischen Religionsbehörde über die DITIB-Organisationen und deren Moscheen.
- Keine Toleranz gegenüber Parallelgesellschaften und energisches Vorgehen gegen damit einhergehende Straftaten: Gewalt gegen Frauen und Minderheiten, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung Minderjähriger, Bedrohung von „Abtrünnigen“ (Apostasie).
- Vorgehen gegen zunehmende Vernachlässigung von Gebäuden bzw. Straßenzügen durch städtische Behörden.
- Aufklärung und Vorgehen gegen offen ausgelebte Gewaltkultur.
- Kein Wegschauen aus falsch verstandener Rücksichtnahme.

- Duldungen zur Ausnahme machen – Kettenduldungen stoppen.
- Abschiebungen müssen konsequent betrieben werden. Die Ausländerbehörde ist keine Willkommensbehörde, sondern konsequenter Baustein einer Abschieds- und Rückführungskultur.

4.4 Extremismus jeder Art in der Stadt Köln konsequent bekämpfen

Begründung

Die AfD Köln lehnt jede Form des politischen, gesellschaftlichen und religiösen Extremismus ab. Wir bekennen uns zum Grundgesetz und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Köln und Deutschland. Da wir uns zu diesen Worten bekennen, verlangen wir, dass die Stadt Köln die Zusammenarbeit und Kooperation mit allen Extremisten einstellt.

Maßnahmen

- Sofortige Schließung des Autonomen Zentrums an der Luxemburger Straße ohne Gewährung eines Ersatzstandortes. Dieses ist ein Sammelpunkt des gewaltbereiten Linksextremismus in Köln. Laut Landesregierung sind dort fünf linksextreme Gruppen tätig.
- Keine finanzielle Unterstützung für extremistische Organisationen.
- Null-Toleranz-Politik bei Hausbesetzung.
- Keinerlei Verhandlungen mit Hausbesetzern oder anderen

kriminellen Subjekten. Konsequente Räumung innerhalb von 24 Stunden nach Besetzung.

4.5 Kampf den Drogen

Begründung

Die Gefährdung – insbesondere unserer Jugend – durch Drogen hat in den vergangenen Jahren immer mehr zugenommen. Mafiöse Strukturen breiten sich weiter aus. Ein großer Teil der Gewaltdelikte spielt sich im Drogenmilieu ab.

Maßnahmen

- Konsequente Verfolgung aller Drogendelikte.
- Keine Vertuschung von Drogenproblemen an und im Umfeld von Schulen.
- Intensive Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt und Polizei.
- Verbesserte Aufklärung über die Gefahren von Drogen und Alkohol.
- Konsequente Umsetzung des Züricher Modells.



5. Bau, Wohnen und Verkehr

5.1 Wir befürworten die Privatisierung von Mietwohnungen aus dem Bestand der öffentlichen Hand

Dahingehend sollen die politischen Entscheidungsträger der Stadt Köln mit der GAG in Verhandlungen treten, damit diese einen Teil ihres Wohnungsbestands an natürliche Personen veräußert.

Begründung

Die Schaffung von Wohneigentum ist für die Kölner Bevölkerung eine Möglichkeit, Vermögen zu bilden und für das Alter vorzusorgen. Die GAG hat diese Vorgehensweise bereits in der Vergangen-

heit umgesetzt. In diesem Rahmen können Wohnungen für den Zweck der Eigennutzung preisgünstig erworben werden, wodurch die Nachfrage nach Mietwohnungen entlastet wird.

Maßnahmen

- Prüfen von Objekten, die sich für Mieterprivatisierungen eignen.

5.2 Milieuschutz- und Zweckentfremdungssatzungen sind kein Bestandteil einer vernünftigen Wohnraumversorgung

Begründung

Die Stadtverwaltung prüft derzeit die Einführung wohnungspolitischer Verordnungen, um der Wohnungsknappheit in gefragten Stadtquartieren und den damit verbundenen Mietsteigerungen zu begegnen. Durch sogenannte Milieuschutz- oder Erhaltungssatzungen sollen Rückbau, Umbau oder Nutzungsänderungen einer Genehmigungspflicht unterworfen werden, beispielsweise der Anbau von Balkonen oder der Einbau eines Gäste-WCs. Diese Regelungen behindern den Wohnungsbau in Köln erheblich und nachhaltig. Die Schutzziele werden nur kurzfristig erreicht werden, langfristig ist jedoch eine weitere Verschärfung der Wohnungsknappheit absehbar.

Letztendlich werden auf Kosten der Eigentümer Symptome (vermeintlich) bekämpft, ohne in irgendeiner Weise das Problem zu lösen, das nur durch die Schaffung neuen Wohnraums behoben werden kann. Nicht zuletzt erfordern derartige Verordnungen auch einen hohen Verwaltungsaufwand.

5.3 Neue Ideen in der Stadtentwicklungspolitik wagen

Begründung

Der Mangel an Wohnraum erfordert eine neue und kreative Stadtentwicklungspolitik, die geeignet ist, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Maßnahmen

- Wohnungsbau verstärken – den Mangel an Wohnraum kann man nur mit Neubau vermindern, daher müssen Bauprojekte in der gesamten Stadt Priorität haben.
- Bürokratie muss abgebaut werden, um Bauvorhaben schnell und kosteneffizient durchführen zu können.
- Vorgaben und Beschränkungen überprüfen und lockern, um den Neubau nicht unnötig zu verlangsamen. Ferner gilt: Eine konsequent gelebte Rückführungskultur schafft Wohnraum.
- Höhenbeschränkungen überprüfen, Verdichtung des Wohnraums in Betracht ziehen.
- Neue Bauflächen schneller ausweisen.
- Kreative Bauformen ermöglichen (z. B. Parkplätze oder Bestandsgebäude überbauen, gemeinsame Gewerbe- und Wohnprojekte fördern).
- RheinEnergie und Stadtentwässerungsbetriebe wollen im Stadtgebiet Windkraftanlagen errichten, obwohl die Voraussetzungen in einer Millionenstadt im Rheintal denkbar ungünstig sind.
- Die AfD ist gegen Windkraft-Kolosse in der Domstadt.

5.4 Wir wollen eine lösungsorientierte, ideologiefreie Verkehrspolitik

Begründung

Wir wollen die Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen. Vielmehr sind wir alle Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und Nutzer des Nahverkehrs in einer Person. Unsere Verkehrspolitik stellt stets Effizienz und Sicherheit statt Ideologie in den Mittelpunkt. Der Kampf gegen das Auto durch die Einschränkung von Parkraum, immer mehr autofreie Straßen und Tempo-30-Zonen muss aufhören. Die AfD Köln steht zu den im Stadtrat gefassten Beschlüssen zur Ost-West-Achse.

Maßnahmen

- Vorausschauende Baustellensteuerung sowie deutliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.
- Der Verkehrsfluss muss gefördert und nicht ausgebremst werden. Grüne Wellen sind zu ermöglichen. Ideologische Ideen wie die „Pfortnerampel“, überdimensionierte Fahrradautobahnen und sinnlose autofreie Zonen lehnen wir ab.
- Ausbau der Radwege und vor allem deren Instandhaltung in einer rationalen und förderlichen Art und Weise.
- Neuen Parkraum schaffen, statt bestehenden immer weiter abzuschaffen (Quartiersgaragen).
- Mehr mobile Verkehrskontrollen statt fester Blitzer. Problembereiche auf Kölns Straßen müssen gezielt und konsequent von Polizei und Ordnungsamt kontrolliert werden. Feste Blitzer können Personal auf der Straße nicht ersetzen.

- Ausbau des ÖPNV auch in die Außenbereiche der Stadt sicherstellen, neue Wohngebiete abdecken.
- Die Attraktivität des ÖPNV durch gezielte Investitionen in Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sicherheit und Sauberkeit steigern, Park & Ride ermöglichen.
- Überprüfung der Zulassung von elektrischen Mietrollern. Besonders in der Innenstadt stellen sie zunehmend ein Sicherheitsrisiko für Fußgänger und Radfahrer dar.
- Sofortige Wiedereröffnung der Trankgasse. Personeller Neuanfang im Verkehrsdezernat nach der Kommunalwahl.



6. Gesundheit, Sport und Ehrenamt

6.1. Köln als Sportstadt erhalten – Unterstützung für lokale Sportvereine

Wir befürworten die finanzielle Förderung der örtlichen Amateursportvereine, Investitionen in Sportanlagen und die Ausbildung der vielen Menschen, die bereit sind, sich beispielsweise als Trainer ehrenamtlich zu engagieren. In diesem Zusammenhang sollte auch gewährleistet werden, dass alle Kinder im Grundschulalter die Schwimmfähigkeit erlangen. Die Einbindung sportlicher Expertise in die kommunale Gesundheits- und Bildungspolitik sehen wir als wichtige Chance für Prävention und Lebensqualität. Köln muss Sportstadt bleiben. Über eine Olympia-Bewerbung ist eine Volksbefragung durchzuführen.

Grundsätzlich sehen wir das intransparente Geschäftsgebaren des IOC kritisch, wenngleich wir die olympische Idee gutheißen. Der Breitensport muss gestärkt werden. Dort entstehen die Sporttalente von morgen. Köln muss aber auch ein Standort für Spitzensportler sein. Der 1. FC Köln ist eines der Aushängeschilder dieser Stadt. Er sollte den Ausbau seines Trainingsgeländes in der ursprünglichen Form durchführen dürfen. So können Konflikte mit anderen Sportvereinen im Grüngürtel vermieden werden.

6.2. Sozialverträgliche Gesundheitspolitik

Während des Asylverfahrens tragen die Kommunen die Gesundheitskosten, oftmals organisiert über Rahmenverträge mit den Krankenkassen. Für Personen, die keine Zahlungen in unser Sozialsystem geleistet haben, fordert die AfD eine Beschränkung auf eine ausschließlich medizinische Grundversorgung. Niemand darf sich auf Kosten der Solidargemeinschaft umfassend sanieren lassen (Beispiel: umfassende orthopädische Zahnkorrekturen). Die Coronamaßnahmen der Stadt Köln müssen in einem Sonderausschuss des Stadtrates aufgearbeitet werden.

6.3. Ehrenamt stärken – Gemeinschaft bewahren – Städtepartnerschaften ohne Belehrungen

Unsere Städte und Gemeinden brauchen engagierte Bürger, die durch ihren Einsatz Gemeinschaft und Zusammenhalt stärken. Der Breitensport mit seinen zahlreichen Vereinen und Verbänden wäre ohne sie undenkbar! Die AfD setzt sich dafür ein, das Ehrenamt als tragende Säule der Gesellschaft nicht nur anzuerkennen, sondern aktiv zu fördern – etwa durch kommunale Boni oder als Voraussetzung bei Einbürgerungen.

Ehrenamtliches Engagement verdient Respekt, Unterstützung und gezielte Förderung. Wir stehen hinter den Städtepartnerschaften der Stadt Köln, beispielsweise mit Istanbul. Wir lehnen aber Sozialprojekte der Stadt Köln im Ausland ab. Außerdem lehnen wir Projekte in fremden Ländern ab, die einer Einmischung in die innere Angelegenheit eines Staates gleichkommen.

Köln, im Juni 2025

Impressum

Herausgeber: Alternative für Deutschland, Kreisverband
Köln Vertreten durch den Vorstand, dieser
vertreten durch: Christer Cremer
AfD Kreis Köln
c/o AfD NRW
Gladbecker Straße 5
40472 Düsseldorf

Redaktion: Vorstand AfD Kreisverband Köln
E-Mail: kontakt@afd.koeln
Telefon: +49 (221) 789 405 43
Website: www.afd.koeln

Erste Auflage (August 2025)

Bildnachweise:
Cover: Privatphotographie
Sonstige Bilder: iStock

Rechtlicher Hinweis:

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Texte – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.



Herausgeber:

AfD Kreis Köln | c/o AfD NRW | Gladbecker Straße 5 | 40472 Düsseldorf